

Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration -

Punkt 10 der öffentlichen Sitzung am 12. November 2013

Vorlagen-Nr. 12-F-33-0106

Notfall-SMS

- gem. Antrag von CDU und SPD vom 18.09.2012 -

Menschen mit Hörschädigung und sprachgestörten Menschen ist es bei Notfällen unmöglich, über den telefonischen Notruf auf ihre Notsituation aufmerksam zu machen und Hilfe zu rufen. Ihnen steht dafür lediglich das "Notruf-Fax" zur Verfügung. Dessen Bedienung ist jedoch relativ zeitaufwändig und auf einen Standort limitiert.

Um diesen Missstand zu beheben gibt es in Berlin bereits ein Pilotprojekt, bei dem Notrufe auch per SMS abgesetzt werden können. Auch in Hessen soll nach Medienberichten noch in diesem Sommer ein Pilotprojekt gestartet werden.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob sich auch die Landeshauptstadt Wiesbaden an entsprechenden Projekten beteiligen könnte.

Beschluss Nr. 0104

Der Bericht des Oberbürgermeisters vom 10.10.2013 wird zur Kenntnis genommen.

(antragsgemäß Magistrat 29.10.2013 BP 1008)

Herrn Stadtverordnetenvorsteher mit der Bitte um Kenntnisnahme und weitere Veranlassung Wiesbaden, .11.2013

Spallek Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher Wiesbaden, .11.2013

Dem Magistrat mit der Bitte um Kenntnisnahme und weitere Veranlassung

> Nickel Stadtverordnetenvorsteher

> > Seite: 1/2

- Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration -

Seite 2 des Beschlusses Nr. 0104 vom 12. November 2013

Der Magistrat Wiesbaden, .11.2013

- 16 -

Dezernat I Gerich

mit der Bitte um Kenntnisnahme Oberbürgermeister

Seite: 2/2